

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
A. Worum es geht – das Spannungsfeld zwischen Whistleblowing und Datenschutz	35
I. Anlass der Untersuchung	35
II. Mögliche datenschutzrechtliche Implikationen bei Einrichtung und Betrieb einer internen Meldestelle	39
1. Datenschutzverstoß als Meldegegenstand	40
2. Datenschutz als Bedrohung für den Identitätsschutz	41
3. Hinweisgeberschutz durch Datenschutz	42
4. Datenschutz als Systemvorgabe	43
III. Gang der Darstellung und Präzisierung der Forschungsfragen	44
1. Datenströme im Whistleblowing	44
2. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Verarbeitungsschritte im Meldeverfahren	45
3. Organisation und Arbeitsweise der internen Meldestelle	46
4. Datenschutzrechtliche Betroffenenrechte im Hinweisgebertverfahren	46
5. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	47
6. Weiterer Forschungsbedarf	47
B. Datenströme im Whistleblowing	51
I. Vorab: Ein Blick auf die rechtlichen Grundlagen	52
1. Hinweisgeberschutz: Ein Blick nach vorn – und zurück	52
a) Wo wir begrifflich stehen	53
b) Rechtlicher Rahmen des Whistleblowings	55
aa) Rechtslage vor Inkrafttreten der Hinweisgeberschutz-Richtlinie	56
(1) Gesetzlicher Rahmen	56

(2) Whistleblowing-Recht als Richterrecht im Spiegel der Zeit	57
(3) Eine kurze Summa: Die Rechtslage vor Inkrafttreten des HinSchG	61
bb) Die Hinweisgeberschutz-Richtlinie	62
cc) Schaffung eines Hinweisgeberschutzgesetzes	67
(1) Anonymität im Hinweisgeberschutzgesetz	69
(2) Zulässigkeit einer Konzernmeldestelle	70
c) Eine kurze Summa: Materiell-rechtlicher Rahmen des Whistleblowings	73
2. Datenschutz: Was gilt noch, was gilt weiter?	74
a) Datenschutzrechtliche Grundbegriffe	75
aa) Personenbezogene Daten	75
bb) Ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung oder nichtautomatisierte Verarbeitung mit Dateibezug	79
cc) Verantwortlicher	80
(1) Adressatenkreis des Art. 4 Nr. 7 DSGVO	80
(2) Entscheidungsmacht über Zweck und Mittel der Verarbeitung	81
(3) Allein oder gemeinsam Verantwortliche	82
dd) Auftragsverarbeiter	83
ee) Empfänger	84
ff) Dritter	86
b) Der deutsche Beschäftigtendatenschutz auf dem Prüfstand	86
aa) Zweifel an der Unionsrechtskonformität von § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG	87
bb) (Keine) Folgen für die Praxis	88
cc) Jetzt erst recht: Schaffung eines neuen Beschäftigtendatenschutzgesetzes	90
II. Ein Blick auf die Rechtswirklichkeit: Typischer Ablauf eines Meldeverfahrens	91
1. Vorbereitung der Meldung	91
2. Erstattung und Entgegennahme der Meldung	94
3. Auswertung der Meldung und Ermittlung des Sachverhalts durch die Meldestelle	95

4. Abschluss des Verfahrens und Weiterleitung von Informationen	96
III. Datenschutzrechtliche Einordnung der Arbeitsschritte im Meldeverfahren	96
1. Datenströme beim Zusammentragen von Informationen	97
a) Eröffnung des Anwendungsbereichs der DSGVO im Stadium der Vorbereitung einer Meldung	98
aa) Personenbezogene Daten im Stadium der Vorbereitung einer Meldung	98
bb) Verarbeitung i.S.v. Art. 2 Abs. 1 DSGVO durch das Sammeln von Informationen im Vorfeld einer Meldung	100
(1) Verarbeitung im Sinne der DSGVO	100
(2) Ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung	101
(3) Nichtautomatisierte Verarbeitung bei Speicherung in einem Dateisystem	102
cc) Ausnahme nach Art. 2 Abs. 2 lit. c DSGVO	104
b) Einordnung der an der Informationsbeschaffung beteiligten Personen und Stellen	105
aa) Hinweisgeber	105
bb) Beschuldigter, Zeugen und Dritte	109
cc) Beschäftigungsgeber	109
c) Eine kurze Summa: Verarbeitung und Verantwortlichkeit bei der Vorbereitung einer Meldung	110
2. Datenströme bei der Erstattung einer Meldung	111
a) Eröffnung des Anwendungsbereichs der DSGVO	111
aa) Personenbezogene Daten im Rahmen einer Meldung	111
(1) Grundsatz	111
(2) Personenbezogene Daten des Hinweisgebers bei einer nicht anonymen Meldung	112
(3) Personenbezogene Daten des Hinweisgebers bei einer „anonymen“ Meldung	113
bb) Verarbeitung i.S.v. Art. 2 Abs. 1 DSGVO durch die Erstattung einer Meldung	117
(1) Verarbeitung im Sinne der DSGVO	117
(2) Ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung	118
(3) Nichtautomatisierte dateibezogene Verarbeitung	118

b)	Einordnung der beteiligten Personen und Stellen	119
aa)	Hinweisgeber	119
bb)	Beschuldigter, Zeugen und Dritte	123
cc)	Beschäftigungsgeber	124
dd)	Die interne Meldestelle	125
ee)	Natürliche Personen, die die interne Meldestelle betreiben	126
ff)	Gemeinsame Meldestelle	126
gg)	Externer Dritter als interne Meldestelle	127
c)	Eine kurze Summa: Verarbeitung und Verantwortlichkeit bei der Erstattung einer Meldung	128
3.	Datenströme bei der Entgegennahme einer Meldung	129
a)	Eröffnung des Anwendungsbereichs der DSGVO	129
aa)	Personenbezogene Daten	129
bb)	Verarbeitung i.S.v. Art. 2 Abs. 1 DSGVO durch die Entgegennahme einer Meldung	129
(1)	Verarbeitung im Sinne der DSGVO	129
(2)	Ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung	131
(3)	Nichtautomatisierte dateibezogene Verarbeitung	131
b)	Einordnung der beteiligten Personen und Stellen	131
aa)	Hinweisgeber	131
bb)	Beschuldigter, Zeugen und Dritte	132
cc)	Beschäftigungsgeber	132
dd)	Die interne Meldestelle	134
ee)	Natürliche Personen, die die interne Meldestelle betreiben	134
ff)	Gemeinsame Meldestelle	136
gg)	Externer Dritter als interne Meldestelle	137
(1)	Allgemeines	137
(2)	Rechtsanwälte sind keine Auftragsverarbeiter	143
(3)	Konzernmeldestelle	145
(4)	Restverantwortung des beauftragenden Beschäftigungsgebers	147
c)	Eine kurze Summa: Verarbeitung und Verantwortlichkeit bei der Entgegennahme einer Meldung	148
4.	Datenströme im Rahmen von Folgemaßnahmen	148
a)	Eröffnung des Anwendungsbereichs der DSGVO	149
aa)	Personenbezogene Daten	149

bb) Verarbeitung i.S.v. Art. 2 Abs. 1 DSGVO durch das Ergreifen von Folgemaßnahmen	150
cc) Keine Anwendbarkeit von Art. 2 Abs. 2 lit. d DSGVO auf den Beschäftigungsgeber	151
b) Einordnung der beteiligten Personen und Stellen	151
aa) Hinweisgeber	151
bb) Beschuldigter, Zeugen und Dritte	152
cc) Beschäftigungsgeber	152
dd) Natürliche Personen, die die interne Meldestelle betreiben	153
ee) Externe Dritte als interne Meldestelle	154
ff) Behörden	154
c) Eine kurze Summa: Verarbeitung und Verantwortlichkeit bei der Durchführung von Folgemaßnahmen	155
IV. Ein erstes Zwischenergebnis	155
C. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Verarbeitungsschritte im Meldeverfahren	157
I. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Beschaffung von Informationen im Vorfeld einer Meldung	157
1. Keine Anwendbarkeit von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO auf die Vorbereitung einer Meldung	158
2. Keine Anwendbarkeit von § 26 BDSG bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO auf die Vorbereitung einer Meldung	159
3. Rechtfertigung der Vorbereitung einer Meldung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	160
a) Berechtigtes Interesse an der Durchführung eigener Ermittlungen	161
b) Unmittelbare Erstattung einer Meldung ist kein milderes Mittel gegenüber eigenen Nachforschungen	162
c) (Kein) Überwiegen der Interessen und Rechte des Betroffenen	165
aa) Entgegenstehende Interessen und Rechte des Betroffenen	165
bb) Nicht jede Vorfeldmaßnahme, die nicht strafbar ist, ist datenschutzrechtlich zulässig	167

cc) Grad des Verdachts und Anlass der eigenen Ermittlungen des Hinweisgebers	169
(1) Keine Ermittlungen „ins Blaue hinein“	169
(2) Keine Ermittlungen bei sicherer Kenntnis vom Vorliegen eines Verstoßes	170
(3) Ermittlungen bei tatsächlichen Anhaltspunkten für das Vorliegen eines Verstoßes	171
dd) Gegenstand des Vorwurfs und ergriffene Ermittlungsmaßnahmen	172
4. Keine Anwendbarkeit von Art. 10 DSGVO	174
5. Eine kurze Summa: Zulässigkeit der Vorbereitung einer Meldung	176
II. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Erstattung einer Meldung	176
1. Beschäftigungsgeber als Verantwortlicher	177
a) Verarbeitung der Daten des Beschuldigten	177
aa) Keine Rechtfertigung über Art. 6 lit. c DSGVO und § 10 HinSchG	177
bb) Rechtfertigung der Erstattung einer Meldung nach § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO	179
(1) Sachlicher Anwendungsbereich: Dient internes Whistleblowing der „Erfüllung des Vertrags“?	179
(2) Erforderlichkeit zur Erfüllung des Vertrags	183
(3) Eine kurze Summa: Erforderlichkeit der Erstattung einer Meldung zur Durchführung des Vertrags	196
cc) Keine Anwendung von § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG für die Erstattung einer Meldung	196
dd) Keine Anwendbarkeit von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO	198
ee) Rechtfertigung der Erstattung einer Meldung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	199
ff) Einwilligung als Rechtfertigungsgrundlage, Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	200
gg) Betriebsvereinbarung als Rechtfertigungsgrundlage für die Erstattung einer Meldung	202
(1) Möglichkeit, vom Schutzstandard der DSGVO abzuweichen	203

(2) Eine Betriebsvereinbarung, die zugunsten des Beschuldigten von dem Schutzstandard der DSGVO abweicht, verstößt gegen Whistleblowing-Recht	206
(3) Eine Betriebsvereinbarung, die zuungunsten des Beschuldigten von dem Schutzstandard nach der DSGVO abweicht, verstößt gegen Art. 88 Abs. 2 DSGVO	207
(4) Praktische Erwägungen gegen die Rechtfertigung der Datenverarbeitung über eine Betriebsvereinbarung	209
(5) Eine kurze Summa: Warum eine Betriebsvereinbarung keine Rechtssicherheit im Meldeverfahren schafft	210
hh) Keine Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten	211
ii) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Beschuldigten bei der Erstattung einer Meldung	211
b) Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	212
aa) Übertragung der Erkenntnisse zu der Verarbeitung der Daten des Beschuldigten	212
bb) Einwilligung des Hinweisgebers als Rechtfertigungsgrundlage für die Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	213
(1) Ausdrückliche Erklärung oder unmissverständliche Willensbekundung des Hinweisgebers	213
(2) Freiwilligkeit der Einwilligung	215
(3) Informiertheit der Einwilligung	218
(4) Praktische Erwägungen gegen die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung	219
(5) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers bei der Erstattung einer Meldung	220
cc) Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Erlaubnistatbestand für die Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	221
dd) Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Erlaubnistatbestand für die Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	223

ee) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers bei der Erstattung der Meldung	224
c) Verarbeitung der Daten sonstiger in der Meldung genannter Personen	225
aa) Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO als Erlaubnistatbestand für die Verarbeitung der Daten von Dritten oder Zeugen	225
bb) Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Erlaubnistatbestand für die Verarbeitung der Daten von Dritten oder Zeugen	226
cc) Eine kurze Summa: Verarbeitung sonstiger in der Meldung genannter Personen bei der Erstattung einer Meldung	227
2. Hinweisgeber als Verantwortlicher	227
a) Keine Anwendbarkeit von § 10 HinSchG oder Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO für die Erstattung einer Meldung	227
b) Keine Anwendbarkeit von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO für die Erstattung einer Meldung	228
c) Rechtfertigung der Erstattung einer Meldung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	228
aa) Der Hinweisgeber hatte keine „hinreichenden Gründe“ zur Annahme eines Verstoßes	228
bb) Die Meldung entspricht den Vorgaben des Meldekanals nicht	229
d) Eine kurze Summa: Zulässigkeit der Erstattung einer Meldung durch den Hinweisgeber als Verantwortlichen	230
III. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Entgegennahme von Meldungen	231
1. Entgegennahme der Meldung durch die bei dem Beschäftigungsgeber eingerichtete interne Meldestelle	231
a) Verarbeitung der Daten des Beschuldigten	232
aa) § 10 HinSchG schafft keinen Erlaubnistatbestand für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Meldeverfahren	232
bb) Rechtspflicht zur Entgegennahme der Meldung nach Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 12 HinSchG	235
(1) Grundfall: Meldung durch einen Beschäftigten oder einen dem Beschäftigungsgeber überlassenen Leiharbeitnehmer	239

(2) Keine Rechtspflicht zur Entgegennahme anonymer Meldungen	240
(3) Keine Pflicht zur Entgegennahme von Meldungen abseits von Beschäftigten	241
(4) Entgegennahme einer Meldung, die keine Informationen über Verstöße enthält	241
(5) Eine kurze Summa: Rechtspflicht zur Verarbeitung im Hinweisgebersystem	244
cc) Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Entgegennahme der Meldung außerhalb von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	244
(1) Beschäftigungsgeber mit weniger als regelmäßig 50 Beschäftigten	246
(2) Meldungen eines betriebsfremden Dritten bzw. eines Leitungsorgans	248
(3) Anonyme Meldungen	250
(4) Meldungen, die offensichtlich keine Informationen über Verstöße enthalten	251
dd) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Beschuldigten bei der Entgegennahme einer Meldung	254
b) Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	255
aa) Übertragung der Ergebnisse zu Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 12 HinSchG	255
bb) Einwilligung des Hinweisgebers gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (ggf. i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	256
cc) Berechtigtes Interesse an der Entgegennahme der Meldung nach Art. 6 lit. f DSGVO	256
dd) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers bei der Entgegennahme einer Meldung	258
c) Verarbeitung der Daten sonstiger in der Meldung genannter Personen	259
aa) Übertragung der Ergebnisse zu Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 12 HinSchG	259
bb) Berechtigtes Interesse an der Entgegennahme der Meldung nach Art. 6 lit. f DSGVO	260

2. Entgegennahme der Meldung durch eine gemeinsame Meldestelle	260
a) Verarbeitung der Daten des Beschuldigten	260
aa) (Keine) Rechtspflicht zur Entgegennahme der Meldung nach Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	260
bb) Entgegennahme der Meldung nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	261
b) Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	264
c) Verarbeitung der Daten sonstiger in der Meldung genannter Dritter	264
3. Entgegennahme der Meldung durch einen eigenverantwortlichen externen Dritten	265
a) Keine Rechtfertigung über Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	265
b) Rechtfertigung über Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	267
IV. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit von Verfahrensschritten und Folgemaßnahmen	269
1. Verarbeitung durch die unmittelbar bei dem Beschäftigungsgeber eingerichtete Meldestelle	269
a) Verarbeitung der Daten des Beschuldigten	270
aa) Stichhaltigkeitsprüfung gem. § 17 Abs. 1 Nr. 4 HinSchG	270
(1) Rechtspflicht zur Prüfung der Stichhaltigkeit einer Meldung nach Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 17 Abs. 1 Nr. 4 HinSchG	270
(2) Einwilligung des Beschuldigten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	272
(3) Rechtfertigung der Stichhaltigkeitsprüfung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	274
bb) Prüfung, ob der gemeldete Verstoß in den sachlichen Anwendungsbereich fällt, § 17 Abs. 1 Nr. 2 HinSchG	277
cc) Durchführung interner Untersuchungen durch die Meldestelle selbst, § 18 Nr. 1 HinSchG	277
(1) Keine Rechtspflicht zur Durchführung interner Ermittlungen	278

(2) Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	279
(3) § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	280
(4) Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	291
dd) Abgabe des Verfahrens an die für interne Ermittlungen zuständige Arbeitseinheit, § 18 Nr. 4 lit. a HinSchG	294
(1) Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (ggf. i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	294
(2) § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	296
(3) Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	302
ee) Abgabe des Verfahrens an eine zuständige Behörde, § 18 Nr. 4 lit. b HinSchG	302
(1) Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	303
Exkurs: Rechtspflicht zur Verarbeitung personenbezogener Daten bei behördlichem Auskunftsverlangen	304
(2) Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (ggf. i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	309
(3) § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	309
(4) Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO	312
(5) Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	313
ff) Rückmeldung an den Hinweisgeber, § 17 Abs. 2 HinSchG	317
gg) Abschließender Report an die Leitungsorgane des Beschäftigungsgebers	321
hh) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Beschuldigten bei der Durchführung von Folgemaßnahmen	322
b) Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers	323
aa) Prüfung der Stichhaltigkeit und der Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs gem. § 2 HinSchG, § 17 Abs. 1 Nr. 2, 4 HinSchG	323

bb) Durchführung interner Untersuchungen durch die interne Meldestelle, § 18 Nr. 1 HinSchG	325
(1) § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	325
(2) Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	329
cc) Abgabe des Verfahrens an die für interne Untersuchungen zuständige Arbeitseinheit, § 18 Nr. 4 lit. a HinSchG	329
dd) Abgabe des Verfahrens an eine zuständige Behörde, § 18 Nr. 4 lit. b HinSchG	334
Exkurs: Weitergabe von Informationen über die Identität des Hinweisgebers bei behördlichem Auskunftsverlangen – Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	335
ee) Abschließender Report an die Leitungsorgane des Beschäftigungsgebers	338
ff) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers bei der Durchführung von Folgemaßnahmen	339
c) Verarbeitung der Daten von Dritten und Zeugen	339
aa) Prüfung der Stichhaltigkeit und der Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs gem. § 2 HinSchG, § 17 Abs. 1 Nr. 2, 4 HinSchG	340
bb) Durchführung von internen Untersuchungsmaßnahmen, § 18 Nr. 1 HinSchG	340
(1) Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO (ggf. i.V.m. § 26 Abs. 2 BDSG)	340
(2) § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	341
(3) Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	341
cc) Abgabe des Verfahrens an die für interne Untersuchungen zuständige Arbeitseinheit, § 18 Nr. 4 lit. a HinSchG	342
dd) Abgabe des Verfahrens an eine zuständige Behörde, § 18 Nr. 4 lit. b HinSchG	343
ee) Rückmeldung an den Hinweisgeber, § 17 Abs. 2 HinSchG	344
ff) Abschließender Report an die Leitungsorgane des Beschäftigungsgebers	345

gg) Eine kurze Summa: Verarbeitung der Daten sonstiger Dritter bei der Durchführung von Folgemaßnahmen	345
2. Ombudsstelle und gemeinsame Meldestelle	345
a) Übertragung der Erkenntnisse zur Verarbeitung durch die unmittelbar bei dem Beschäftigungsgeber eingerichtete interne Meldestelle	346
aa) Rechtspflicht zur Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	346
bb) Anwendbarkeit von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO und § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	347
cc) Durchführung von Ermittlungen durch die gemeinsame Meldestelle bzw. die Ombudsstelle	347
dd) Übermittlung von Daten	348
b) Sonderprobleme bei dem Einsatz von Rechtsanwälten als Ombudsstellen	349
aa) Übermittlung von Daten der Ombudsstelle an den Beschäftigungsgeber	350
(1) Hinweisgebermeldung als Drittgeheimnis	350
(2) Keine Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Beschäftigungsgeber	351
bb) Übermittlung von Daten der Ombudsstelle an eine zuständige Behörde	356
cc) (Kein) Beschlagnahmenschutz bei Ombudsstellen	358
(1) Ein Blick zurück: Die Jones Day Entscheidung des BVerfG	358
(2) Ein Blick nach vorn: Änderung der Rechtslage durch Inkrafttreten des HinSchG?	362
dd) Rückmeldung an den Hinweisgeber, § 17 Abs. 2 HinSchG	363
V. Ein zweites Zwischenergebnis	364
D. Organisation und Arbeitsweise der internen Meldestelle	367
I. Organisation der internen Meldestelle	367
1. Datenschutz durch technisch-organisatorische Maßnahmen	367
a) Begrenzung des Personenkreises	369
b) Pseudonymisierung von Daten	371
c) Schulungen des Personals	372

d) Verhaltensrichtlinien	372
e) Löschkonzept	374
2. Verhältnis zum betrieblichen Datenschutzbeauftragten	376
a) Personalunion mit der internen Meldestelle	377
aa) Gesetzliche Rahmenbedingungen	378
bb) Interessenkonflikte gem. Art. 38 Abs. 6 S. 2 DSGVO bzw. § 15 Abs. 1 S. 3 HinSchG	379
b) Kontrolle der internen Meldestelle durch den Datenschutzbeauftragten	382
aa) Der Datenschutzbeauftragte ist keine „unterstützende Person“ i.S.d. § 8 Abs. 1 S. 2 HinSchG	384
bb) Gleichwohl keine Anwendung des Vertraulichkeitsgebots gegenüber dem Datenschutzbeauftragten	385
c) Eine kurze Summa: Einbindung des betrieblichen Datenschutzbeauftragten ins Meldeverfahren	387
3. Verarbeitungsverzeichnis	388
4. Datenschutzfolgenabschätzung bei der Einführung eines internen Meldesystems	389
a) Zuständigkeit	390
b) Inhaltliche Anforderungen	392
5. Vorherige Konsultation der Aufsichtsbehörde gem. Art. 36 DSGVO	393
II. Arbeit der internen Meldestelle	394
1. Bewertung, Plausibilisierung und Kategorisierung von Meldungen	395
2. Dokumentation der Meldung	395
a) § 11 HinSchG als umfassende Aufbewahrungs- und Löschpflicht	396
aa) Reichweite der Dokumentations- und Löschpflicht in sachlicher Hinsicht	396
bb) Abschluss der internen Ermittlung als fristauslösendes Ereignis	399
cc) Dokumentation trotz fehlender Beschlagnahmefreiheit	400
dd) Dokumentation zur Weitergabe an andere Arbeitseinheiten	401

b) Dokumentation der Meldung im Spagat zwischen HinSchG und HinSch-RL	403
aa) Zweifel an der Europarechtskonformität von § 11 Abs. 5 HinSchG	403
bb) Lösungsansätze	407
(1) Keine Dokumentation ohne personenbezogene Daten	407
(2) Keine europarechtskonforme Auslegung	410
(3) Speicherung in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden	411
c) Verhältnis der Dokumentation des Meldeverfahrens zur Personalakte	414
III. Ein drittes Zwischenergebnis	419
E. Datenschutzrechtliche Betroffenenrechte im Hinweisgeberverfahren	421
I. Informationspflichten	422
1. Grundlagen: Regelungsreichweite und Verhältnis der datenschutzrechtlichen Informationspflichten	424
a) Verhältnis von Art. 13 und 14 DSGVO	424
b) Allgemeines	425
c) Zeitpunkt der Informationserteilung	426
d) Inhaltliche Reichweite der Informationspflichten	427
aa) Reichweite der Informationspflicht bei Direkterhebung	428
(1) Zwingende Informationsbestandteile nach Art. 13 Abs. 1 DSGVO	428
(2) Zusätzliche Informationsbestandteile nach Art. 13 Abs. 2 DSGVO	432
bb) Reichweite der Informationspflicht bei Dritterhebung	434
(1) Zwingende Informationsbestandteile nach Art. 14 Abs. 1 DSGVO	434
(2) Zusätzliche Informationsbestandteile nach Art. 14 Abs. 2 DSGVO	435
e) Grenzen und Beschränkbarkeit der Informationspflichten	436
aa) Grenzen und Beschränkbarkeit der Informationspflicht bei Direkterhebung	437

bb) Grenzen und Beschränkbarkeit der Informationspflicht bei Dritterhebung	437
2. Informationspflicht bei Verarbeitung von Daten durch den Hinweisgeber	439
a) Keine dauerhafte Einschränkung gem. Art. 14 Abs. 5 lit. b DSGVO	441
b) Keine Information aufgrund des überwiegenden Interesses des Hinweisgebers an der Vertraulichkeit seiner Identität	441
3. Informationspflicht bei Verarbeitung von Daten durch die interne Meldestelle	444
a) Informationspflicht gegenüber dem Hinweisgeber	444
aa) Allgemeines	444
bb) Inhalt der Information	446
cc) Grenzen	447
b) Informationspflicht gegenüber dem Beschuldigten	448
aa) Allgemeines	448
bb) Inhalt der Information	449
cc) Grenzen	450
(1) Gefährdung des Zwecks der Verarbeitung	450
(2) Schutz rechtlicher Ansprüche	453
(3) Ein Blick zurück: Schutz der Vertraulichkeit des Hinweisgebers vor Inkrafttreten des HinSchG	454
(4) Ein Blick nach vorn: Identitätsschutz durch das Vertraulichkeitsgebot	459
(5) Unmöglichkeit bei anonymer Meldung	492
(6) Besonderheiten bei der Information über die Empfänger der Daten	495
dd) Praktische Herausforderungen bei der Erfüllung der Informationspflicht	496
ee) Eine kurze Summa: Informationspflicht gegenüber dem Beschuldigten	499
c) Informationspflichten gegenüber sonstigen in der Meldung genannten Dritten	500
4. Informationspflicht bei einer gemeinsamen Meldestelle	501
5. Informationspflicht bei Verarbeitung von Daten durch einen externen Dritten	504
a) Der Grundsatz	504

b) Umgehung von Betroffenenrechten durch anwaltliches Berufsrecht	505
6. Eine kurze Summa: Informationspflichten im Meldeverfahren	508
II. Auskunftsrecht	510
1. Grundlagen	511
a) Allgemeines	511
b) Inhaltliche Reichweite und Umfang des Rechts auf Auskunft	513
c) Grenzen und Beschränkbarkeit des Rechts auf Auskunft	517
aa) Verordnungsunmittelbare Verweigerungsgründe	517
(1) Verweigerung wegen Rechtsmissbrauchs gem. Art. 12 Abs. 5 S. 2 lit. b DSGVO	517
(2) Verweigerung wegen fehlender Identifizierbarkeit des Betroffenen gem. Art. 11 Abs. 2 DSGVO i.V.m. Art. 12 Abs. 2 S. 2 DSGVO	519
(3) Verweigerung wegen entgegenstehender Rechte und Freiheiten anderer Personen gem. Art. 15 Abs. 4 DSGVO	520
bb) Einschränkungsmöglichkeiten nach nationalem Recht	521
(1) § 29 Abs. 1 S. 2 BDSG	522
(2) § 34 Abs. 1 Nr. 2 BDSG	522
2. Auskunftsrechte bei Verarbeitung von Daten durch den Hinweisgeber	523
3. Auskunftsrechte bei Verarbeitung von Daten durch die unmittelbar bei dem Beschäftigungsgeber angesiedelte interne Meldestelle	525
a) Auskunftsrecht des Hinweisgebers	525
aa) Allgemeines	525
bb) Inhalt der Auskunft	525
cc) Grenzen	526
dd) Praktische Herausforderungen bei der Beauskunftung	528
b) Auskunftsrecht des Beschuldigten	529
aa) Allgemeines	530
bb) Inhalt der Auskunft	530
cc) Grenzen	532
(1) Gefährdung des Zwecks der Verarbeitung	533

(2) Schutz rechtlicher Ansprüche	535
(3) Schutz der Identität des Hinweisgebers durch das Vertraulichkeitsgebot	535
c) Auskunftsrecht von Zeugen und sonstigen in der Meldung mitgenannten Dritten	537
4. Auskunftsrechte bei einer gemeinsamen Meldestelle	537
5. Auskunftsrecht bei Verarbeitung durch einen externen Dritten	538
6. Annex: Einsichtsrecht nach § 83 BetrVG	539
a) Verhältnis zu Art. 15 DSGVO	540
b) (Keine) Gefährdung der Vertraulichkeit durch § 83 Abs. 1 S. 1 BetrVG	541
c) Verweigerungsmöglichkeiten	542
aa) Gefährdung des Ermittlungserfolgs	543
bb) Schutz personenbezogener Daten Dritter	545
d) Eine kurze Summa: Einsichtsrecht in die Personalakte	547
7. Eine kurze Summa: Auskunftsrechte im Meldeverfahren	547
III. Berichtigungsanspruch	548
1. Allgemeines	549
2. Schlussfolgerungen für einen Berichtigungsanspruch im Hinweisgeberverfahren	551
IV. Löschpflicht	553
1. Ausgangspunkt: Löschung der Daten gem. Art. 17 lit. a DSGVO	555
2. Ausnahme nach Art. 17 Abs. 3 lit. e DSGVO	557
a) Verteidigung gegen (unwahre) öffentliche Anschuldigungen	560
b) Spannungsverhältnis zur Beweislastumkehr gem. § 36 Abs. 2 HinSchG	561
3. Keine Ausnahme nach Art. 17 Abs. 3 lit. b DSGVO i.V.m. § 11 HinSchG	565
4. Ausnahme nach Art. 17 Abs. 3 lit. b DSGVO i.V.m. § 257 HGB bzw. § 147 AO	565
5. Ausnahme nach Art. 17 Abs. 3 lit. b DSGVO i.V.m. § 50 Abs. 1 Satz 2 BRAO	567
a) Die Dokumentation der Meldung ist notwendiger Inhalt der Handakte	567

b) Auflösung des Spannungsverhältnisses zugunsten des anwaltlichen Berufsrechts	568
V. Ein viertes Zwischenergebnis	569
F. Zusammenfassung der Ergebnisse in 25 Thesen	573
Literaturverzeichnis	581
Materialienverzeichnis	616